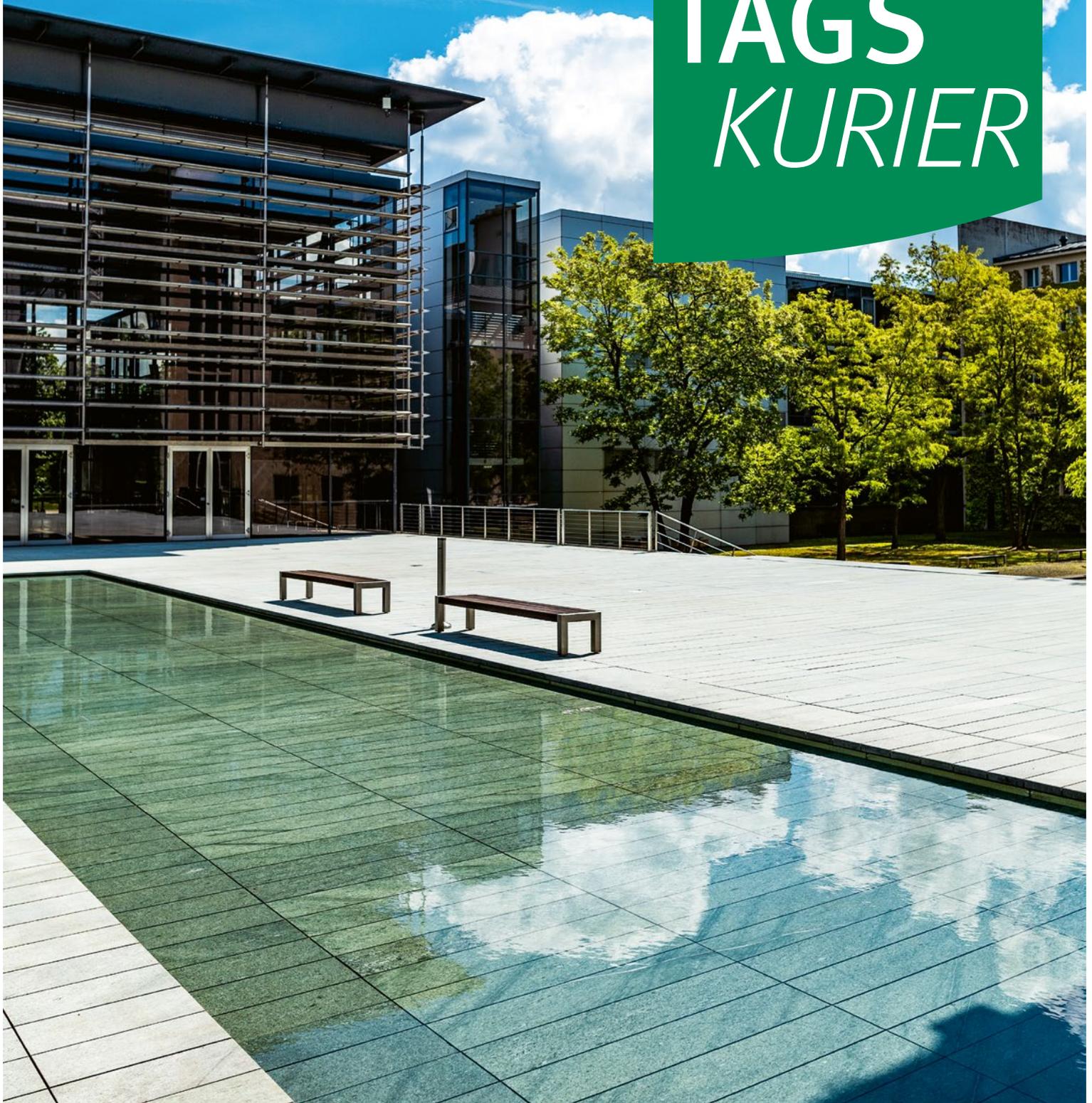


LAND TAGS KURIER



Seite 12:
Innenausschuss nimmt
Bericht zur Anpassung
der Wahlkreise entgegen



Seite 18:
Schüler erarbeiten und
präsentieren Wissen zur
DDR-Geschichte



Seite 20:
Bundesweite Schüler-
projekte zur jüdischen
Geschichte ausgezeichnet

Ausgabe
5.22



Sächsischer Landtag



Foto: S. Giersch

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

Sachsen befindet sich seit einigen Wochen in den Sommerferien. Es ist die Zeit des Jahres, auf die sich nicht nur unsere Schülerinnen und Schüler wohl am meisten freuen dürften. Viele verreisen in den Urlaub, verbringen ihre Freizeit in der Natur oder suchen an heißen Tagen Abkühlung in einem der vielen schönen Seen unseres Freistaates.

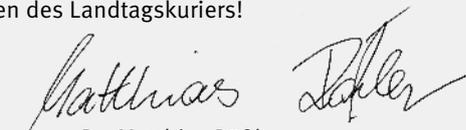
Die Sommerpause gehört auch im Landtag fest zum Jahreskalender dazu. Dies bedeutet aber nicht, dass die Abgeordneten arbeitsfrei haben und sich bis zur kommenden Plenarwoche im September in den sprichwörtlichen Liegestuhl fallen lassen können. In den Sommermonaten sind sie zumeist in ihren Wahlkreisen unterwegs und nehmen dort Termine wahr.

Der Beginn der parlamentarischen Sommerpause bietet einen willkommenen Anlass, um die zurückliegenden Monate Revue passieren zu lassen. Beim Blick in die Vergangenheit sticht kein Datum mehr hervor als der 24. Februar 2022. Der von Russland begonnene, völkerrechtswidrige Angriffskrieg stellt eine Zäsur in der europäischen Friedensordnung nach 1990 dar. Am stärksten trifft der Krieg in der Ukraine die Menschen im Land selbst. Doch seine schlimmen Folgen sind weltweit und damit auch bei uns in Sachsen deutlich zu spüren. Die Preise für Energie oder Lebensmittel und andere Konsumgüter sind sprunghaft gestiegen. In den Debatten der vergangenen Monate ist dies immer wieder deutlich geworden, das belegen auch die Beiträge des Landtagskuriers.

Die aktuellen Umstände bedeuten sowohl für die sächsische Bevölkerung als auch für unsere Wirtschaft eine große Unsicherheit. Notwendig ist daher weiterhin ein starkes Vertrauen in eine handlungsfähige Politik und ein Parlament, das die Sorgen und Nöte kennt.

Die Arbeitsbilanz des Sächsischen Landtags jedenfalls unterstreicht, dass die Abgeordneten zahlreichen Anliegen Aufmerksamkeit geschenkt haben. Seit der letzten Sommerpause 2021 behandelte das Parlament 3 095 Drucksachen, darunter 2 675 Kleine und elf Große Anfragen. Insgesamt 28 Gesetze wurden eingebracht, davon 19 angenommen und fünf abgelehnt. Weitere Entwürfe befinden sich noch in der parlamentarischen Beratung. Sie kommen dann nach der Sommerpause wieder auf die Tagesordnung.

Ich wünsche Ihnen eine erholsame Sommerzeit und viel Freude beim Lesen des Landtagskuriers!


Dr. Matthias Rößler
Präsident des Sächsischen Landtags

PLENUM

53. Sitzung des Sächsischen Landtags Zwei Seiten einer Medaille Handwerk boomt und kämpft zugleich mit Engpässen	4
53. Sitzung des Sächsischen Landtags Undurchsichtige Bürgerbeteiligung AfD-Fraktion kritisiert Verfahren der EU-Zukunftskonferenz	6
Hintergrundinformationen über die Konferenz zur Zukunft Europas	7
54. Sitzung des Sächsischen Landtags Enorme wirtschaftliche und soziale Herausforderung Landtag diskutiert Folgen und Handlungsbedarfe der Energiepreisteigerungen	8
54. Sitzung des Sächsischen Landtags Zwei Jahre Gemeinschaftsschule Erste Erfahrungen mit der neuen Schulform in Sachsen	9
54. Sitzung des Sächsischen Landtags Mehr Schwung bei den erneuerbaren Energien Sachsen soll zügig unabhängig von fossilen Energieträgern werden	10

PARLAMENT

Neue Einteilung der Wahlkreise empfohlen Innenausschuss hört Sachkundige zum Bericht der Wahlkreiskommission an	12
Laufende Gesetzgebung	14

SONDERTHEMA

Stadt und Land – Hand in Hand? Was die Verfassung mit gleichwertigen Lebensverhältnissen zu tun hat	16
---	----

JUGEND

Geschichte und Geschichten aufspüren Digitales Mitmach-Projekt lädt Jugendliche zur interaktiven Zeitreise ein	18
Premiere für junge Religionsforscher Erste Verleihung des Leo-Trepp-Schülerpreises im Sächsischen Landtag	20

GESCHICHTE

Manfred von Killinger – Totengräber des Landtags Ministerpräsidenten und Landtag in der Zeit von 1919 bis 1933 (Teil 8)	22
---	----

SERVICE

Weitere Informationen des Sächsischen Landtags	24
---	----

Handwerk, Europa und Klimaschutz

// Aktuelle Debatte am 13. Juli 2022 zum Thema Handwerk // Foto: S. Floss

// Vor der parlamentarischen Sommerpause trat der 7. Sächsische Landtag nochmals zu zwei Plenarsitzungen zusammen. In der 53. Sitzung am 13. Juli 2022 befassten sich die Abgeordneten während der Aktuellen Stunde mit der Lage des sächsischen Handwerks sowie europapolitischen Fragen. Im Mittelpunkt der 54. Sitzung am 14. Juli 2022 standen Debatten zu gestiegenen Verbraucherpreisen, den neu geschaffenen Gemeinschaftsschulen sowie zum Klimaschutz. //



// Christian Hartmann, Jörg Kieseewetter // Foto: S. Floss



// Kay Ritter // Foto: O. Killig



// Mario Beger // Foto: O. Killig



// Nico Brünler // Foto: S. Floss



// Gerhard Liebscher // Foto: S. Floss



// Sabine Friedel // Foto: O. Killig

53. Sitzung des Sächsischen Landtags

Zwei Seiten einer Medaille

Handwerk boomt und kämpft zugleich mit Engpässen

Dr. Daniel Thieme

CDU: Bürokratieabbau beschleunigen

Kay Ritter, CDU, trug zu Beginn der Debatte beeindruckende Zahlen vor. So gebe es in Sachsen 56 000 Handwerksbetriebe mit etwa 300 000 Beschäftigten. Sie erwirtschafteten einen Gesamtumsatz von 30 Milliarden Euro jährlich. Damit erlebe das sächsische Handwerk das erfolgreichste erste Quartal seit der deutschen Einheit. Die Umsatzprognose für das laufende Jahr sei zuletzt um drei Prozent gewachsen. Doch bekanntlich habe jede Medaille zwei Seiten und so sehe sich auch das Handwerk mit Problemen kon-

// Die Aktuelle Stunde der 53. Sitzung des 7. Sächsischen Landtags am 13. Juli 2022 begann mit einem Antrag der CDU-Fraktion zum Thema: »Handwerk hat auch in Zukunft goldenen Boden – aktuelle Probleme konsequent angehen: Fachkräftebedarf, Rohstoffknappheit, Bürokratieabbau«. //

frontiert, die nach Lösungen verlangten. Eines dieser schwierigen Themen sei beispielsweise der Bürokratieabbau. Es reiche längst nicht aus, ein Formular durch ein anderes zu ersetzen. Vielmehr sei es notwendig, Standards abzusenken und Regelungen so einfach wie möglich zu gestalten. Weiterhin müssten Förderprozesse beschleunigt werden, mehr Tempo bei Planungs- und Genehmigungsverfahren entste-

hen und die Digitalisierung vorankommen.

AfD: Handwerksausbildung verstärken

Auf den Fachkräftebedarf im Handwerk kam Mario Beger, AfD, zu sprechen. Nach aktuellen Zahlen fehlten gegenwärtig 250 000 Handwerker in Deutschland. Rund 150 000 freie Stellen seien offiziell bei den Arbeits-

agenturen gemeldet. Auf der Internationalen Handwerksmesse in München Anfang Juli habe es daher geheißen, dass man vor allem die Jugend für das Handwerk gewinnen müsse. Entscheidend dabei sei die Frage nach der Ausbildung. Doch auch die Meisterzahlen in Sachsen würden kontinuierlich sinken. Von knapp 900 im Jahr 2014 auf rund 770 im Jahr 2017. Auch die Anzahl bestandener Prüfungen in den Ausbildungs-

berufen sei rückläufig. Es seien daher konkrete Fördermaßnahmen notwendig, wie beispielsweise die Erhöhung des Meisterbonus, eine spezielle Förderung von Mangelberufen, die Einführung eines Technikerbonus, Betriebsgründungsprämien für Handwerksunternehmen, eine weitgehende Wiedereinführung der Meisterpflicht sowie die Stärkung der MINT-Fächer.

DIE LINKE: Lebenslanges Lernen fördern

In vielen sächsischen Regionen sei das Handwerk eine strukturbestimmende Größe, befand Nico Brünler, DIE LINKE. Nicht zuletzt als Signal der Wertschätzung sei es richtig, über das Thema zu sprechen. Die Akademikerdebatte der letzten 20 Jahre, also die Diskussion über eine zu geringe Akademikerquote in Deutschland, habe der Achtung des Handwerks geschadet. Jungen Menschen sei erzählt worden, sie seien nur dann hoch qualifiziert, wenn sie studierten. Dies stimme aber nicht. Der Freistaat Sachsen dürfe sich bei der Förderung der Handwerksausbildung nicht aus der Verantwortung ziehen, sondern müsse gezielt in die Ausbildungsinfrastruktur investieren. Ein weiterer Punkt betreffe das Lebenslange Lernen. Brünler fragte, welche Chance denn zum Beispiel ein vierzigjähriger studierter Kulturwissenschaftler besitze, der immerhin noch 27 Berufsjahre vor sich habe, wenn er in der Mitte des Lebens noch eine Bäckerlehre beginnen wolle. Auch für diese Fälle bräuchte es entsprechende Förderinstrumente.

BÜNDNISGRÜNE: Rohstoffe wiedergewinnen

Der Forderung nach staatlichen Hilfen schloss sich Gerhard Liebscher, BÜNDNISGRÜNE, an. Notwendig sei ein Bildungs-

freistellungsgesetz für Handwerker, um ihnen regelmäßige Weiterbildungsmöglichkeiten zu ermöglichen. Die größte Unsicherheit des Handwerks bestehe gegenwärtig im Bereich der Rohstoffe. Vom Bau über den Bäcker bis zum Textilhandwerk seien Preissteigerungen und Unsicherheiten beim Abschluss von Verträgen an der Tagesordnung. Bei Aufträgen der Staatsregierung existiere daher seit dem Frühjahr eine Stoffpreisgleitklausel. Weiterhin solle die Kreislaufführung eigener Rohstoffe intensiviert werden. Gerade in Sachsen gebe es herausragende Beispiele, um wertvollste Materialien mechanisch zu recyceln und so Rohstoffe mit geringem Energieaufwand wiederzugewinnen. Als Bauherr müsse der Freistaat die Recyclingwirtschaft gezielt anregen. Die Aufgabe des Handwerks sei es, entsprechende Produkte an den heutigen Stand der Technik anzupassen.

SPD: Schule praxisnäher gestalten

Sabine Friedel, SPD, ging ebenfalls auf den Fachkräftemangel ein. Sie zeigte sich erfreut, dass in diesem Ausbildungsjahr wieder mehr Lehrverträge der dualen Ausbildung abgeschlossen worden seien. Der Erfolg mache deutlich, dass es richtig gewesen sei, die Oberschulen als das Rückgrat des Handwerks und der sächsischen Wirtschaft zu stärken. Man habe die Schulen mit Praxisberatern ausgestattet, die Berufsorientierung intensiviert, Praktika umorganisiert, Werkstattphasen ermöglicht, den Arbeitskreis SCHULEWIRTSCHAFT in vielen Landkreisen eingerichtet und vieles mehr. Der Bürgerrat Bildung habe kürzlich den dringenden Wunsch nach mehr lebensnahem Lernen formuliert. So sei es für Schülerinnen und Schüler immer schwerer, den Wert von handwerklicher Arbeit überhaupt zu erfassen. Speziell

»Die Verfügbarkeit gut qualifizierter Arbeitskräfte ist in fast allen Unternehmen eine der größten Herausforderungen.«



53. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Martin Dulig // Foto: S. Floss

für abschlussgefährdete Jugendliche gebe es in Sachsen das Projekt »Produktives Lernen«. Die Teilnehmer befänden sich drei Tage in einem Betrieb oder einem Unternehmen und zwei Tage in der Lernwerkstatt der Schule.

Staatsregierung: Fachkräftesicherung durch mehr Einwanderung

Martin Dulig, Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, SPD, hob hervor, dass unter anderem die kleinteiligen Betriebsgrößen und auch die regionale Verankerung des Handwerks dazu beigetragen hätten, wirtschaftlich einigermaßen glimpflich durch die Krise zu kommen. Geholfen hätten eben-

so die zahlreichen Wirtschafts- und Investitionshilfen des Freistaates und des Bundes sowie eine weiterhin hohe Investitionsquote in Sachsen von 14,1 Prozent im Jahr 2021. Um den Fachkräftemangel zu lösen, unterstütze die Staatsregierung alle Anstrengungen, um die Voraussetzungen für mehr Einwanderung nach Sachsen zu verbessern und die Qualifizierung der vorhandenen Beschäftigten nachhaltig zu unterstützen. Man arbeite eng mit den sächsischen Handwerkskammern in der Fachkräfteallianz Sachsen zusammen und ermutige die Handwerker, das Interesse an der Vermittlung internationaler Fach- und Arbeitskräfte noch viel mehr über den Arbeitgeberservice der Bundesagentur für Arbeit anzuzeigen.

Foto: O. Killig

Sandra Gockel neu im Landtag

Nach dem Mandatsverzicht von Lars Rohwer, CDU, der in den Bundestag gewählt wurde, zog Anfang Juli Sandra Gockel als Nachrückerin in den Sächsischen Landtag ein. Die neue CDU-Abgeordnete war bisher Schulleiterin des Tschirnhaus-Gymnasiums in Dresden.



Undurchsichtige Bürgerbeteiligung

AfD-Fraktion kritisiert Verfahren der EU-Zukunftskonferenz

53. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Dr. Joachim Keiler // Foto: S. Floss

Dr. Daniel Thieme

// Der Titel der zweiten Aktuellen Debatte der 53. Sitzung am 13. Juli 2022 lautete: »Konferenz zur Zukunft Europas: Ein bestelltes Wunschkonzert«. Das Thema hatte die AfD-Fraktion eingebracht. //

Verzerrte Auswahl

An der »Konferenz zur Zukunft Europas« hätten sich gerade einmal 800 Personen in Präsenz an Bürgerforen beteiligt, kritisierte Dr. Joachim Keiler, AfD. Dies entspräche 0,0002 Prozent der EU-Bürger. Die Auswahl der Personen sei überdies nicht transparent verlaufen. Auffällig sei auch, dass Teilnehmer zwischen 16 und 25 Jahren deutlich überrepräsentiert waren. Von Forderungen, keine neuen Migranten aufzunehmen oder straffällige Asylbewerber abzuschieben, sei am Ende nicht mehr viel übrig geblieben.

Es sei immer gut, einen Dialog zu führen und den Bürgern Europas zuzuhören, befand Marko Schiemann, CDU. Europa benötige starke Regionen, gemeinsam mit selbstbewussten Nationalstaaten. Daher dürften die Konferenzergebnisse nicht dazu führen, die Subsidiarität und die in den Verträgen garantierte Kompetenzverteilung innerhalb der EU infrage zu stellen. Parlamente, die durch eine Verfassung legitimiert seien, sollten auf EU-Ebene ein stärkeres Mitspracherecht erhalten.

Solidarität in Krisenzeiten

Im gegenwärtigen Krisenzustand brauche es Kooperation und Solidarität, mahnte Marika Tändler-Walenta, DIE LINKE. Es gebe keine »gute alte Zeit«, in die man einfach zurückkehren könne. Ihre Partei sei daher klar gegen ein Europa der Nationen. Man könne Kritik an der Zukunftskonferenz üben, aber die Zukunft, die die AfD wolle, sei noch schlimmer. Das komme unter anderem im Wahlprogramm der Partei zum Ausdruck. Darin werde die Religionsfreiheit mit Füßen getreten.

Lucie Hammecke, BÜNDNISGRÜNE, warf der AfD-Fraktion vor, mit der Debatte eine Abneigung gegenüber Bürgerbeteiligung und Diskursangeboten auszudrücken. Die Fraktion inszeniere sich gern als Vertreterin der normalen Leute, doch wenn am Ende nicht das gewünschte Ergebnis herauskäme, sei alles nur Schein. Fast fünf Millionen Nutzer hätten die digitale Plattform »Future EU« besucht. 50 000 Teilnehmer haben sich an 18 000 Debatten und über 6 500 Veranstaltungen beteiligt.

Demokratischen Werten verpflichtet

Es sei erwartbar gewesen, dass der AfD-Fraktion mit ihrer antieuropäischen Grundhaltung die Konferenz zur Zukunft Europas nicht gefalle, warf Hanka Kliese, SPD, ein. Von Anfang an habe die Fraktion Stimmung gegen den Prozess gemacht und würde auch jetzt die Ergebnisse schlechtreden. Dieses Vorhaben werde ihr aber schwerlich gelingen. In der Konferenz hätten sich die beteiligten Bürger den Werten zur Achtung der Menschenwürde, der Demokratie und der Gleichheit verpflichtet.

Europaministerin Katja Meier, BÜNDNISGRÜNE, verteidigte die Konferenz, weil sie die europäische Demokratie durch mehr Bürgerbeteiligung voranbringe. Noch wichtiger sei es nun jedoch, was mit den erreichten Ergebnissen passiere. Die gesammelten Vorschläge sollten sowohl durch die Organe der EU als auch auf nationaler Ebene sowie hier in Sachsen diskutiert werden. Es müsse darüber informiert werden, welche Ideen umgesetzt werden könnten und welche nicht.

Hintergrundinformationen über die Konferenz zur Zukunft Europas

Foto: pixel2013 – pixabay.com

Impuls für die europäische Demokratie

Die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, hatte bei ihrem Amtsantritt 2019 in ihren politischen Leitlinien eine auf zwei Jahre angelegte Konferenz zur Zukunft Europas als neuen Impuls für die europäische Demokratie angekündigt. Damit adressierte sie insbesondere die Kritik an der Union, diese sei zu bürokratisch und lebens- bzw. bürgerfern.

Am 10. März 2021 schließlich unterzeichneten der damalige Präsident des Europäischen Parlaments, David Sassoli, der portugiesische Premierminister António Costa für den amtierenden Vorsitz im Rat der Europäischen Union und EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen die gemeinsame Erklärung der drei Institutionen.

// Im Vorjahr hatte das Bürgerforum aus per Los ausgewählten Europäerinnen und Europäern die Arbeit aufgenommen. Am 9. Mai 2022 legte es einen Abschlussbericht mit Vorschlägen für Gesetzesinitiativen vor. Diese will die EU-Kommission nun in ihr Arbeitsprogramm 2023 aufnehmen. //

Seit 19. April 2021 konnten Interessierte auf einer mehrsprachigen digitalen Plattform ihre Ideen zur Zukunft der EU teilen. Diese Ideen wurden von vier Europäischen Bürgerforen – bestehend aus insgesamt 800 zufällig ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern – sowie der fast 450-köpfigen Plenarversammlung der Konferenz diskutiert.

49 Vorschläge und 326 Maßnahmen

Die Konferenz wurde am 9. Mai 2021 eröffnet und endete exakt ein Jahr später. Bei der Abschlussveranstaltung in Straßburg nahmen die Präsi-

den des Europäischen Parlaments, die Kommissionspräsidentin und der Präsident des Rates einen Abschlussbericht entgegen, der 49 breit gefächerte Vorschläge und 326 einzelne Maßnahmen enthält. Unter anderem schlugen die Konferenzteilnehmer vor, den Prozess der Entscheidungsfindung in der EU durch die Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern als »Berichterstatter« transparenter zu gestalten.

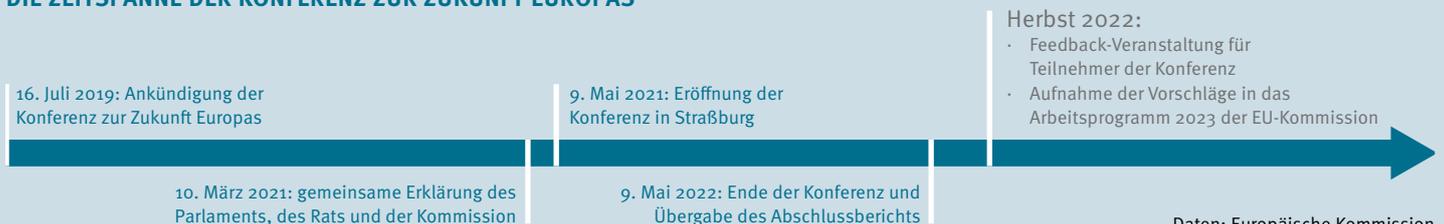
Die Vorschläge in neun großen Themenbereichen, wie beispielsweise der Migration oder dem digitalen Wandel, beruhen auf den Empfehlungen, die von Bürgerinnen und Bürgern in den europäischen und den nationalen Foren oder über die

mehrsprachige digitale Plattform eingereicht worden waren. Die EU-Kommission will die Vorschläge in ihr Arbeitsprogramm 2023 aufnehmen.

Mitsprache der Landesparlamente

Die deutsche Landtagspräsidentenkonferenz (LPK) beschloss am 21. Juni 2022 eine Erklärung zum Abschlussbericht der Konferenz zur Zukunft Europas. Darin heben die Präsidentinnen und Präsidenten die Bedeutung von Regionalparlamenten mit Gesetzgebungskompetenzen in der EU hervor. Unter anderem fordern sie, dass künftig nationale wie Regionalparlamente, die über Gesetzgebungsbefugnisse verfügen, auch Gesetzesinitiativen auf europäischer Ebene vorschlagen können.

DIE ZEITSPANNE DER KONFERENZ ZUR ZUKUNFT EUROPAS



Daten: Europäische Kommission

// Zu Beginn der 54. Sitzung des 7. Sächsischen Landtags am 14. Juli 2022 stand die erste Aktuelle Debatte mit dem Titel »Gas wird knapper, Strom und Sprit werden teurer, Warmwasser wird rationiert: Höchste Zeit zum Handeln – Verbraucher*innen schützen. Soziale Infrastruktur weiterentwickeln!« auf der Tagesordnung. Eingbracht hatte sie die Fraktion DIE LINKE. //



54. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Susanne Schaper // Foto: O. Killig

Enorme wirtschaftliche und soziale Herausforderung

Marvin Liebig

Landtag diskutiert Folgen und Handlungsbedarfe der Energiepreissteigerungen

Besondere Relevanz für Sachsen

Aufgrund des großen Niedriglohnsektors, der bereits vergleichsweise hohen Energiepreise und der kleinteiligen Wirtschaftsstruktur habe das Thema für Sachsen eine besondere Relevanz, eröffnete Susanne Schaper, DIE LINKE, die Debatte. So belasteten die steigenden Energiepreise vor allem Geringverdiener, die sich inflationsbedingt bereits stark hätten einschränken müssen. Zudem könnten kleinere und mittlere Unternehmen die steigenden Kosten nicht einfach kompensieren, was den aktuellen Handlungsbedarf mehr als deutlich mache.

Statt nur Symptome zu bekämpfen, müsse man das Problem an den Ursachen beheben, entgegnete Alexander Dierks, CDU. Schließlich habe der Staat in einer Krise zuerst die Aufgabe, die Grundlagen des Wohlstands zu erhalten. Daher müsse man über den geplanten vorzeitigen Braunkohleausstieg im Jahr 2030 und die Zukunft der Atomkraft reden, ohne den Pfad der klimaneutralen Energiegewinnung langfristig zu verlassen.

Gefährdung der Energieversorgung

Nicht nur die Energiekosten würden explodieren, sondern die gesamte Energieversorgung Deutschlands sei ernsthaft gefährdet, warnte Jörg Urban, AfD. Die erneuerbaren Energien könnten diese nicht sicherstellen, weder jetzt noch in Zukunft. Günstige russische Energie sei die Geschäftsgrundlage der deutschen Wirtschaft und ein langjähriger Wohlstandsgarant. Bevor man diese verbiete, brauche man einen passenden Ersatz. Rettungspakete und Preisobergrenzen seien reine Symptombekämpfung.

Das Thema liege ihr sehr am Herzen, betonte Petra Čagalj Sejdi, BÜNDNISGRÜNE, weil es das wichtigste Problem der Gesellschaft endlich ins Zentrum der Parlamente rücke: Armut. Die aktuelle weltpolitische Lage lasse befürchten, dass es im Winter Probleme mit der Wärmeversorgung geben werde. Daher brauche man in Sachsen einen Notfallplan. Dass man nicht erst reagieren könne, wenn es so weit ist, und gesellschaftlich zusammenhalten müsse, habe zuletzt die Coronapandemie gezeigt.

Niedriglöhne als Kernproblem

Seitdem das Thema schon im Mai auf der Tagesordnung stand, habe sich nicht so viel verändert, sagte Juliane Pfeil, SPD. Es sei nur alles teurer geworden. Niedriglöhne bildeten das Kernproblem. Daher brauche es unter anderem einen flächendeckenden Mindestlohn und eine höhere Tarifbindung. Als Freistaat könne man im kommenden Haushalt etwas tun, etwa durch die stärkere Unterstützung tarifgebundener Unternehmen und einem Verzicht auf Kürzungen bei sozialen Themen.

Zurzeit habe man keinen Gasmangel, erklärte Energieminister Wolfram Günther, BÜNDNISGRÜNE. Man wisse aber nicht, ob nach der jährlichen Überprüfung von Nord Stream 1 das Gas wieder voll durchgeleitet werde. Russland sei als Lieferant nicht mehr vertrauenswürdig. Die steigenden Gaspreise hätten sowohl mit der aktuellen Unsicherheit als auch dem mangelnden Ausbau der erneuerbaren Energien zu tun. In einer akuten Energiekrise müssten Privathaushalte vorrangig versorgt werden.

Zwei Jahre Gemeinschaftsschule

Erste Erfahrungen mit der neuen Schulform in Sachsen

54. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Auf Antrag der SPD-Fraktion debattierte der 7. Sächsische Landtag das Thema: »Schulfrieden gesichert, jetzt das Schulnetz stabilisieren: Eine Zwischenbilanz zum längeren gemeinsamen Lernen«. Es war die zweite Aktuelle Debatte der 54. Sitzung am 14. Juli 2022. //

Dr. Daniel Thieme

Zukunft für ländliche Regionen

Die neu eingeführten Gemeinschaftsschulen stießen auf großes Interesse seitens der Eltern, hob Sabine Friedel, SPD, hervor. So hätten sich beispielsweise für die Gemeinschaftsschule Albertstadt in Dresden über 200 Kinder angemeldet, aber nur 84 Plätze stünden im ersten Jahr zur Verfügung. Eine enorme Herausforderung seien indes die sinkenden Schülerzahlen im ländlichen Raum. Die Oberschule+ könne dabei helfen, dass Schulen auch zukünftig wohnortnah und erreichbar blieben.

Die Gemeinschaftsschule stelle ein Angebot dar, den Weg des längeren gemeinsamen Lernens zu beschreiten, so Holger Gasse, CDU. Sie erfordere jedoch auch ein besonders hohes Engagement durch die Lehrer und Eltern. Eine flächendeckende Entwicklung werde es aus Sicht seiner Fraktion jedoch nicht geben, da die Mehrheit der Eltern und Schüler den Vorzug des gegliederten Schulsystems und dessen Leistungs- und Abschlussorientierung in besonderer Weise schätze.

// Sabine Friedel



Lehrermangel absehbar

Dr. Rolf Weigand, AfD, drückte die Befürchtung aus, mit der Gemeinschaftsschule werde das Bildungsniveau in Sachsen absinken und der Freistaat seine Spitzenposition beim Bildungsmonitor schleichend verlieren. Außerdem gebe es noch ganz andere Probleme, die angepackt werden müssten. Man bekomme kein Schulnetz stabilisiert, wenn in den kommenden Jahren die Schülerzahlen noch einmal anstiegen, gleichzeitig aber eine hohe Anzahl an Lehrkräften in Renteginge.

Luise Neuhaus-Wartenberg, DIE LINKE, betonte, dass es heute längst mehr Gemeinschaftsschulen geben würde, wenn der diesbezügliche Volksantrag seine ursprüngliche Form behalten hätte. Die niedrige Zahl liege nicht an einer geringen Nachfrage, sondern in erster Linie an den im Gesetz eingebauten Hürden. Das derzeitige Schulsystem weise deutliche soziale Ungerechtigkeiten auf. Diese bekomme man nicht im Elternhaus gelöst.

Mehr Unterstützung gewünscht

In der Bildungspolitik könne nie etwas als abgehakt gelten, sondern vieles befinde sich immerzu in einer Entwicklung, so Christin Melcher, BÜNDNISGRÜNE. Zum Thema Gemeinschaftsschule habe ihre Fraktion seit September letzten Jahres mehrere Veranstaltungen durchgeführt. Dabei hätten sich die beteiligten Akteure unter anderem die Möglichkeit gewünscht, auch kleinere Gemeinschaftsschulen einzurichten. Interessierte Schulen sollten umfassender beraten werden.

Die Schüler der Gemeinschaftsschule würden entsprechend ihrer Möglichkeiten und Bildungsabsichten individuell gefördert, stellte Kultusminister Christian Piwarz, CDU, klar. Der Unterricht beruhe auf den jeweils geltenden Lehrplänen. Er stelle jedoch hohe pädagogische Anforderungen. Daher hänge die Qualität der Gemeinschaftsschulen und Oberschulen+ in besonderer Weise vom Engagement und der Kompetenz der Lehrkräfte und der Schulleitungen vor Ort ab.

// Luise Neuhaus-Wartenberg // Fotos: O. Killig





54. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Dr. Daniel Gerber, Ines Springer // Fotos: O. Killig

Mehr Schwung bei den erneuerbaren Energien

Sachsen soll zügig unabhängig von fossilen Energieträgern werden

// Als dritte Aktuelle Debatte der 54. Sitzung am 14. Juli 2022 stand ein Antrag der Fraktion BÜNDNISGRÜNE auf der Tagesordnung des Sächsischen Landtags. Der Titel lautete: »Klimaschutz und Energiesouveränität verbinden – mit Energieeffizienz und erneuerbaren Energien die Klimakrise bekämpfen und die Freiheit sichern.« //

Verfehlte Energiepolitik

Die Debatte eröffnete Dr. Daniel Gerber, BÜNDNISGRÜNE. Er kritisierte die energiepolitische Fehleinschätzung der letzten Bundesregierung und bescheinigte ihr jahrelange Sorglosigkeit. Ihre eigenen Klimaschutzziele habe sie weder mit Maßnahmen hinterlegt noch selbst eingehalten. Auch bei fossiler Abhängigkeit habe sie nicht genau hinschauen wollen. Als Nebeneffekt dieser Politik stehe die deutsche Solar- und Windindustrie, die einst weltweiter Vorreiter gewesen sei, heute stark geschwächt da.

Ines Springer, CDU, erinnerte an die Vereinbarungen zur Energieversorgung im sächsischen Koalitionsvertrag. Demnach solle ihr Umbau unter umfassender Beteiligung der Bürger als Generationenaufgabe geschehen. Bei den erneuerbaren Energien bestehe im Allgemeinen immer ein Zielkonflikt zwischen Klimaschutz, Wettbewerbsfähigkeit und

Versorgungssicherheit. Dazu brauche es kluge Lösungen. Die aktuelle Bundesregierung verbreite hingegen vor allem Angstretorik.

Backup-Strukturen notwendig

Die Energieversorgung müsse auf mehreren Säulen stehen, so Jan-Oliver Zwerg, AfD. Erneuerbare Energien könnten niemals zu 100 Prozent den heimischen Energiebedarf decken. Die garantierte Leistung von Wind- und Sonnenkraftanlagen liege lediglich zwischen einem und null Prozent. Der weitere Ausbau bringe ohne Speicher, konventionelle Kraftwerke als Backup-Strukturen in gleich großer Kapazität und eine hohe und effektive Verfügbarkeit von grünem Wasserstoff gar nichts.

Akzeptanz für erneuerbare Energien schaffe nicht ein starrer Mindestabstand, sondern eine aktive Beteiligung der Menschen, be-

Dr. Daniel Thieme

tonte Marco Böhme, DIE LINKE. Wenn ein Windrad gebaut werde, sollten die Bürger vor Ort entweder günstigeren Strom oder Geldzahlungen erhalten. Sachsen sei Schlusslicht beim Ausbau der Windenergie, das habe die neue Bauordnung gerade erst zementiert. Bevor der Bund Ende des Jahrzehnts per Gesetz darin eingreife, solle die Zeit jetzt lieber genutzt werden.

Verfahren beschleunigen

Volkmar Winkler, SPD, machte deutlich, dass ein wesentlicher Schlüssel zur Sicherung der Zukunft im Ausbau der erneuerbaren Energien liege. Dies hätten in Sachsen sowohl Wirtschaft als auch kommunale Entscheidungsträger verstanden. Allerdings müsse einiges schneller vorangehen. Dazu brauche es straffere Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie eine moderne Landes- und Regionalplanung. Kümmern müsse man sich auch beim Thema Fachkräfte und Handwerker.

Die sächsische Wirtschaft fordere eine konsequente Klimaschutzpolitik und den Ausbau der erneuerbaren Energien, so Energieminister Wolfram Günther, BÜNDNISGRÜNE. Wenn beispielsweise ein großer Automobilbauer wie VW klimaneutral produzieren wolle, dann müssten dazu auch die Voraussetzungen vorliegen. Andere sächsische Unternehmen investierten gerade erheblich in die Solarindustrie und hätten auch die Absicht, im Freistaat zu produzieren.

Landtagsvorplatz im grünen Sommerkleid

Foto: O. Killig

// Der Platz vor dem Sächsischen Landtag trägt den Namen »Bernhard August von Lindenau«. erinnert wird damit an einen der einflussreichsten sächsischen Politiker des 19. Jahrhunderts, der nicht nur Ministerpräsident war, sondern auch die erste bürgerlich-liberale Verfassung in Sachsen ausarbeitete. In der Sommerzeit lässt es sich unter den 55 geschnittenen Kastenplatanen hervorragend verweilen. //

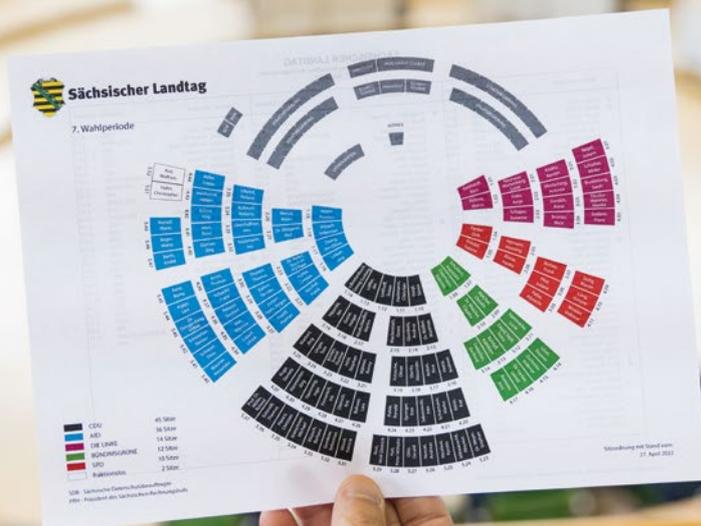


Foto: O. Killig

Dr. Daniel Thieme

Neue Einteilung der Wahlkreise empfohlen

Innenausschuss hört Sachkundige zum Bericht der Wahlkreis-kommission an

// Die Wahlkreis-kommission in Sachsen hat die Aufgabe, in jeder Legislaturperiode die durchschnittlichen Wahlkreisgrößen zu überprüfen und Vorschläge einzureichen. In ihrem aktuellen Bericht zeigt sie Handlungsbedarf an. Der Ausschuss für Inneres und Sport befasste sich in einer Sondersitzung am 4. Juli 2022 mit dem Thema. //

Die Bevölkerungszahl in Sachsen geht weiterhin zurück. Der Trend verläuft jedoch von Region zu Region unterschiedlich. Während ländliche Gebiete vergleichsweise viele Einwohner verlieren, wächst die Bevölkerung in den Großstädten. Daraus ergeben sich nicht nur Folgen für das Leben in den Landkreisen selbst, sondern auch für die Einteilung der Wahlkreise, die den Wahlen zum Sächsischen Landtag zugrunde liegen.

Der Grundsatz der Gleichheit fordert, dass alle Stimmen das gleiche Gewicht haben sollten. Dafür ist es notwendig, dass alle Wahlkreise möglichst gleich groß sind. Durch die Bevölkerungsentwicklung in Sachsen wählen aber mittlerweile in den ländlichen Gebieten teilweise deut-

lich weniger Wähler pro Wahlkreis einen Abgeordneten als in den Großstädten. Die unabhängige Wahlkreis-kommission hat daher Szenarien vorgestellt, wie der Gleichheitsgrundsatz bewahrt bzw. verbessert werden könnte. Eine entsprechende Änderung wird es schon zur nächsten Landtagswahl im Jahr 2024 geben müssen.

Kleinere Eingriffe effektiv

Um die vorgeschlagenen Varianten zu bewerten, hatte der Innenausschuss am 4. Juli 2022 vier Experten eingeladen. Als erster Sachkundiger äußerte sich Prof. Dr. Bernd Grzeszick von der Universität Heidelberg. Aus seiner Sicht habe Variante 1 (siehe

Seite 13) klare Vorteile, da sie das Ziel, welches die Wahlkreis-kommission zu erfüllen habe, mit dem geringstmöglichen Eingriff in die bestehenden Wahlkreis- und Rechtsgrundlagen erreiche. Demnach bliebe die Gesamtzahl der Wahlkreise erhalten, lediglich das Vogtland würde einen Wahlkreis verlieren, die Stadt Leipzig erhielte hingegen einen dazu. Variante 3 baue auf diesem Vorschlag auf, verschiebe aber die Aufteilung der Wahlkreise noch stärker zugunsten der Großstädte Leipzig und Dresden. Die von der Wahlkreis-kommission empfohlene Variante 2 sei grundsätzlich problematisch, weil sich damit das Wahlsystem selbst ändere, etwa in Bezug auf das Verhältnis

zwischen Direkt- und Listenmandaten. Dieser Vorschlag gehe über die eigentliche Aufgabe der Wahlkreis-kommission hinaus.

Die Expertin für Mathematik von Wahlsystemen, Dr. Kai-Friederike Oelbermann hob, vor allem auf die Zukunftsfähigkeit der Varianten ab. Sie führte dazu Modellrechnungen an, die den Bevölkerungsstand der Jahre 2020 und 2029 miteinander verglichen. Demnach sei Variante 1 zwar minimalinvasiv, aber bezüglich der unterschiedlichen Wahlkreisgrößen immer noch verzerrt und zudem nicht besonders robust für die Zukunft. Die Wahlkreiszuteilung nach Variante 3 wäre hingegen weniger verzerrt und etwas zukunftssicherer. Variante 2 sei aus ihrer Sicht die beste Lösung. Sie biete den Vorteil einer weitestgehend gleichmäßigen Verteilung der Bevölkerung auf die Landkreise und Kreisfreien Städte. Hinzu komme, dass dieses Modell

auch im Lichte der aktuellen Bevölkerungsprognosen stabil bleibe.

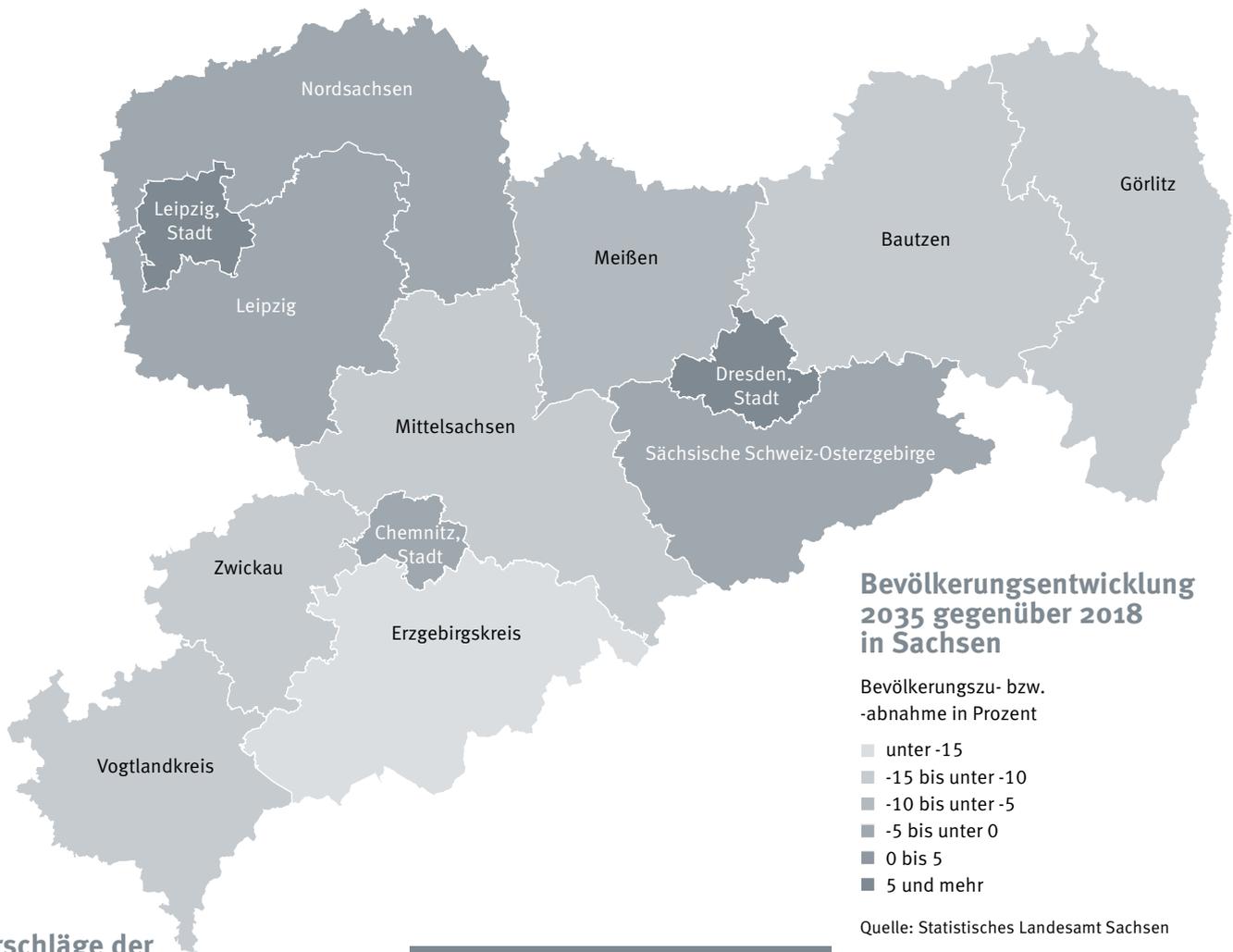
Landkreise nicht benachteiligen

Kerstin Schöniger, Sprecherin des Städteverbundes Göltzschtal, warnte vor möglichen negativen Folgen einer Reform in ihrer Region. Bisher gehöre die Stadt Rodewisch zu einem anderen

Wahlkreis als die Verbandsmitglieder Auerbach, Elfeld und Falkenstein. Würde nun noch Falkenstein in einen anderen Wahlkreis wechseln, verbaue man sich Chancen, die Region nach außen gemeinschaftlich darzustellen oder vielleicht sogar irgendwann einmal zu fusionieren. Schöniger forderte, die Fehler der Vergangenheit zu korrigieren und nicht noch zu verstärken.

In der anschließenden Frageunde äußerte sich der ebenfalls als Sachkundiger eingeladene Prof. Dr. Hansjörg Huber von der Hochschule Zittau-Görlitz. Er unterstrich die Bedeutung der direkt gewählten Abgeordneten, die aufgrund der Nähe zum eigenen Wahlkreis und den Verhältnissen vor Ort eine besondere Verantwortung hätten. Der Schwerpunkt einer Reform solle daher weiterhin auf Wahlkreismandaten liegen und sie

nicht zugunsten von Listenplätzen zahlenmäßig benachteiligen. Es sei kontraproduktiv, durch eine Reduzierung der Wahlkreise die städtischen Ballungsräume zu bevorzugen. Vom Beibehalten der Wahlkreise würde dagegen der ländliche Raum profitieren.



Vorschläge der Wahlkreiskommission

Variante 1: Die minimalinvasive Variante orientiert sich stark am gegenwärtigen Bestand und versucht, nur in den gesetzlich zwingenden Fällen dem verfassungsrechtlichen Ideal nahezu gleichgroßer Wahlkreise näher zu kommen. Würde diese Variante umgesetzt, ginge dem Vogtlandkreis ein Wahlkreis verloren, während die Stadt Leipzig einen Wahlkreis zusätzlich erhielte.

Variante 2: Diese Option gilt als weitergehender Vorschlag. Um sich der ursprünglich gedachten Größe eines Wahlkreises von 78 000 deutschen Einwohnern anzunähern, seien aus demografischen und verteilungsmathematischen Aspekten 51 Wahlkreise optimal. Da die Sächsische Verfassung eine Landtagsgröße von 120 Abgeordneten vorsehe, müssten dann ggf. mehr Kandidaten per Liste ins Parlament einziehen.

Variante 3: Baut auf Variante 1 auf, geht aber darüber hinaus, um dem Modell einen längeren Bestand zu sichern. Demnach würde der Vogtlandkreis einen Wahlkreis verlieren, aber auch die Landkreise Bautzen und Mittelsachsen müssten einen Wahlkreis abgeben. Stattdessen erhielten die Stadt Leipzig zwei und die Landeshauptstadt Dresden einen Wahlkreis dazu.

LAUFENDE GESETZGEBUNG

TITEL EINBRINGER	ERLÄUTERUNG	STATUS
Gesetz zur Verbesserung der Teilhabe von Migrantinnen und Migranten im Freistaat Sachsen (Sächsisches Migrant*innen-teilhabegesetz – SächsMigrTeilhG), 7/10059 DIE LINKE	Das Gesetz sieht vor, Migranten in bestimmten Gremien des Freistaates Sachsen stärker zu berücksichtigen. Vorgesehen ist auch ein generelles Förderungs- und Gleichstellungsgebot. In den sächsischen Landkreisen und Kreisfreien Städte sollen Teilhabezentren entstehen.	1. Beratung sowie Überweisung an den Ausschuss für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt (ffd.), den Ausschuss für Inneres und Sport und den Haushalts- und Finanzausschuss am 14. Juli 2022
Viertes Gesetz zur Änderung des Sächsischen Landeserziehungsgeldgesetzes, 7/10159 AfD	Das Landeserziehungsgeld soll zukünftig zwischen 750 und 1.500 Euro monatlich betragen. Voraussetzung für die Zahlung ist die Nicht-Inanspruchnahme eines Platzes in einer Kindertageseinrichtung oder Kindertagespflege.	1. Beratung sowie Überweisung an den Ausschuss für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt (ffd.), den Ausschuss für Inneres und Sport und den Haushalts- und Finanzausschuss am 14. Juli 2022
Gesetz zur Verbesserung des Rechtsschutzes bei Wahlen, 7/10168 AfD	Mit dem Gesetz soll es einer Partei ermöglicht werden, im Falle der Zurückweisung ihrer Landesliste noch vor deren Bekanntgabe eine Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof einzulegen.	1. Beratung sowie Überweisung an den Ausschuss für Inneres und Sport am 14. Juli 2022
Zweites Gesetz zur Anpassung von Vorschriften mit Bezug zur Justiz, 7/10184 Staatsregierung	Das Gesetz bewirkt verschiedene Vorschriftenänderungen mit Justizbezug. Im Wesentlichen wird das Gesetz zur Ausführung des Betreuungsrechts (AGBtR) an die geänderte Rechtslage auf Bundesebene angepasst.	Überweisung an den Ausschuss für Verfassung und Recht, Demokratie, Europa und Gleichstellung (ffd.) sowie an den Haushalts- und Finanzausschuss am 30. Juni 2022
Gesetz zum Schutz freilebender Katzen im Freistaat Sachsen (Sächsisches Katzenschutzgesetz – SächsKatSchG), 7/10250 DIE LINKE	Laut dem Entwurf soll es sächsischen Kommunen rechtssicher ermöglicht werden, wirksame Tierschutzmaßnahmen wie Kastration oder Unfruchtbarmachung für freilaufende Halterkatzen einzuführen.	1. Beratung sowie Überweisung an den Ausschuss für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt (ffd.), den Ausschuss für Inneres und Sport und den Haushalts- und Finanzausschuss am 14. Juli 2022
Fünftes Gesetz zur Änderung des Sächsischen Schulgesetzes, 7/10338 CDU, BÜNDNISGRÜNE, SPD	Die Gesetzesänderung beendet eine Pilotphase an einzelnen Schulen, die bewusst auf eine Untersuchung von Kindern auf sonderpädagogischen Förderbedarf vor der Einschulung verzichteten und auf einen späteren Zeitpunkt verlegten.	Überweisung an den Ausschuss für Schule und Bildung am 12. Juli 2022

ABGESCHLOSSENE GESETZGEBUNG

TITEL EINBRINGER	ERLÄUTERUNG	STATUS
Gesetz über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum im Freistaat Sachsen (SächsZwG), 7/8495 DIE LINKE	Zur Bekämpfung von örtlichem Wohnraummangel sollen Kommunen ermächtigt werden, die Umnutzung von Wohnraum zu anderen Zwecken unter Genehmigungsvorbehalt zu stellen.	abgelehnt
Gesetz zur Einführung des Gesetzes über die Transparenz von Informationen im Freistaat Sachsen, 7/8517 Staatsregierung	Mit dem geplanten Gesetz soll ein Anspruch auf Zugang zu allen relevanten Informationen des Freistaates Sachsen geschaffen werden. Bestimmte Informationen müssen zudem von Amts wegen auf einer Online-Transparenzplattform veröffentlicht werden.	angenommen
Erstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens "Fonds für digitale Teilhabe und schnelles Internet", 7/9581 CDU, BÜNDNISGRÜNE, SPD	Mit den Änderungen sollen die Rahmenbedingungen zur Fortsetzung des geförderten Glasfaserausbaus in Sachsen geschaffen werden.	angenommen
Viertes Gesetz zur Änderung des Sächsischen Gesetzes zur Ausführung des Sozialgesetzbuches, 7/10078 CDU, BÜNDNISGRÜNE, SPD	Mit dem Gesetz werden die Landkreise und die Kreisfreien Städte als sachlich zuständige Träger für die Leistung eines Sofortzuschlags für Kinder und Jugendliche bestimmt.	angenommen

Die »Laufende Gesetzgebung« zeigt den Fortschritt in aktuellen Gesetzgebungsverfahren des Sächsischen Landtags an. Unter »Abgeschlossene Gesetzgebung« sind angenommene und abgelehnte Gesetzentwürfe aufgeführt. Stand: 13. Juli 2022.

Schule und
Jugend



Was
bedeutet
Meinungsfreiheit
konkret?



Leben in
Stadt
und Land

Verfassung
des
Freistaates Sachsen



Wie viel Alltag
steckt in unserer
Verfassung?

Illustration: © Ö GRAFIK

30 Jahre
Verfassung des
Freistaates
Sachsen

// Die Sächsische Verfassung feiert in diesem Jahr ihr 30. Jubiläum. Sie entstand aus den Erfahrungen der friedlichen Revolution 1989/1990 und den Lehren der SED-Diktatur. Im Unterschied zu einigen anderen Bundesländern enthält die Vollverfassung einen eigenen Grundrechtskatalog und gibt Staatsziele vor. Die Artikel erweisen sich bei genauerem Hinsehen lebensnaher als mitunter vermutet. Die dreiteilige Serie zum Verfassungsjubiläum stellt einzelne Aspekte vor. //

Stadt und Land – Hand in Hand?

Was die Verfassung mit gleichwertigen Lebensverhältnissen zu tun hat

// In den zurückliegenden Jahren hat sich das Gefälle zwischen Stadt und Land weiter vergrößert. Während die Großstädte Leipzig und Dresden stetig gewachsen sind, sank die Einwohnerzahl zahlreicher Landkreise in Sachsen kontinuierlich. Wie ist es um die »gleichwertigen Lebensverhältnisse« im Freistaat bestellt, die in der Verfassung benannt werden? Der zweite Teil der Serie zur Verfassungswirklichkeit geht dieser Frage nach. //

Recht auf menschenwürdiges Dasein

Fast 60 Prozent der Sachsen leben außerhalb der großen Städte, mehr als jeder Fünfte in gering besiedelten Gebieten. Lange Zeit konzentrierten sich Gerechtigkeitsdebatten nur auf personenbezogene Merkmale, wie die Höhe der Löhne und Renten. Heute genießen auch räumliche Ungleichheiten Aufmerksamkeit. Damit ist gemeint, ob ganze Gruppen von Menschen unabhängig von ihren persönlichen Fähigkeiten und Leistungen, nur aufgrund ihres Wohnorts, »abgehängt« werden. Der Anlass für die gestiegene Aufmerksamkeit ist klar: In vielen Demokratien löste der Niedergang von Orten, die einst wichtige regionale Funktionen als Wirtschafts- oder Verwaltungsstandorte erfüllten, Frustration und Wut aus, die an den Wahlurnen



Prof. Dr. Astrid Lorenz

zum Ausdruck gebracht werden.¹ Wie steht die sächsische Verfassung zu gleichwertigen Lebensverhältnissen in Stadt und Land?

Laut Verfassung erkennt Sachsen das Recht eines jeden Menschen auf ein menschenwürdiges Dasein, insbesondere auf Arbeit, angemessenen Wohnraum, angemessenen Lebensunterhalt, soziale Sicherung und Bildung, als Staatsziel an (Art. 7). »Die Teilnahme an der Kultur in ihrer Vielfalt und am Sport ist dem gesamten Volk zu ermöglichen« (Art. 11). Ob jemand in Dürrhennersdorf, Lampertswalde oder Leipzig lebt, darf dafür keine Rolle spielen. Damit benannte der Sächsische Landtag 1992 anders als das Grundgesetz, das nur allgemein Sozialstaatlichkeit postuliert, konkret schützenswürdige Anliegen. Der Text verpflichtet das Land sogar, »nach seinen Kräften« diese Staatsziele »anzustreben und sein Handeln danach auszurichten« (Art. 13, auch Art. 1, 10). Das ist weniger als gerichtlich einklagbare Grundrechte, aber mehr als nur eine symbolische Verbeugung.

¹ Andrés Rodríguez-Pose, The revenge of the places that don't matter (and what to do about it), in: Cambridge Journal of Regions, Economy and Society, Vol. 11, Issue 1, March 2018, S. 189–209.

Der Verfassungsartikel konnte nicht vor dem Niedergang der oftmals maroden ehemaligen sozialistischen Staatsbetriebe in den 1990er-Jahren retten, der Stadt und Land gleichermaßen betraf. Im Schnitt war lange jeder sechste Sachse arbeitslos. Die Bemühungen der Landes- und Kommunalpolitik um neue Unternehmensansiedlungen konzentrierten sich (erfolgreich) auf städtische »Leuchttürme«. Zeitgleich aber entstanden anderswo Abwärtsspiralen: erst Wegzug der Höhergebildeten, der jungen Leute und Familien, dann Leerstand, die Schließung von Schulen, Kulturangeboten, Einkaufsmöglichkeiten, Banken, Post; Bus und Bahn nicht mehr rentabel, lokale Polizeiwachen und Verwaltungsleistungen zu teuer pro Kopf. Zuzüge, die das hätten aufhalten können, wurden immer unwahrscheinlicher, damit fehlten auch junge Ärzte, Lehrer, Fachkräfte für den Mittelstand.

Dennoch bemühte sich die sächsische Politik auch in dieser Zeit um das Recht der Menschen auf ein menschenwürdiges Dasein in den betreffenden Regionen. Die regelmäßigen Schecks des Landes sowie das Finanzausgleichssystem von Bund und Ländern und innerhalb Sachsens (Art. 87) verhinderten, dass noch mehr geschlossen wurde. Zu EU-Förderprojekten für strukturschwache Regionen oder zum Innovationsprogramm für den ländlichen Raum LEADER gibt das Land notwendige Eigenmittel hinzu. Es gibt Mittel für »vitale Dorfkerne und Ortszentren im ländlichen Raum«, um öffentliche Einrichtungen, Dienstleistungszentren, Freizeitangebote, die medizinische Versorgung, Bildungs- und Betreuungsangebote zu unterstützen.

Förderung strukturschwacher Gebiete

Dass die Landräte in Sachsen viele staatliche Aufgaben selbst erledigen dürfen, schafft eine größere Nähe zu den Orten, an denen man genau weiß, wo der Schuh drückt. Auch die Umsetzung des LEADER-Programms setzt auf eigenverantwortliche Initiativen vor Ort.

In den vergangenen Jahren machten die Wahlergebnisse Druck für mehr Bemühungen. Eine Verfassungsänderung 2013 hielt ausdrücklich fest, dass das Land den Kommunen die notwendigen Mittel für die Erfüllung ihrer Aufgaben bereitstellen muss (Art. 85). Die Polizei wurde nach Jahren des Abbaus wieder aufgestockt, gegen den Ärztemangel geht das Land erfinderisch mit Sonderprogrammen vor. Bürgermeister dürfen ab diesem Jahr auch in kleineren Gemeinden häufiger hauptamtlich arbeiten, wenn die Kommune das will und zahlt – das ermöglicht ein professionelleres Kümmern vor Ort. Die Arbeitslosigkeit ist deutlich gesunken und streut wenig zwischen den Landkreisen und Kreisfreien Städten.

Gestritten wird darüber, ob die staatlichen Fördermilliarden wirklich der qualifizierten Weiterbeschäftigung der ansässigen Bevölkerung zugutekommen und nicht nur Zugezogenen, die als neue Pendler einen Großteil an ihre städtischen Heimorte mitnehmen, ob sie besser für Kindergärten oder Schwimmbäder eingesetzt werden sollten und ob die wirklich Betroffenen angemessen in die Verteilungsentscheidungen einbezogen werden. Förderprogramme werden als zu bürokratisch und teilweise als zu spezialisiert empfunden; viele Einheimische wollen nicht immer wieder neue innovative Einzelprojekte ersinnen, sondern wünschen sich eine bessere, verlässliche Grundfinanzierung.



Prof. Dr. Astrid Lorenz

geboren 1975 in Rostock, studierte an der Freien Universität Berlin Politikwissenschaft und Osteuropastudien. Für ihre Habilitationsschrift mit dem Titel »Verfassungsänderungen in etablierten Demokratien. Motivlagen und Aushandlungsmuster« erhielt sie 2009 den Wissenschaftspreis der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft. Seit 2011 ist sie Professorin für das Politische System Deutschlands und Politik in Europa an der Universität Leipzig. // Foto: Christiane Michels

Schwerpunkt Gesundheitsversorgung

Gelder für den Strukturwandel

Trotzdem haben viele in abgelegeneren Gemeinden weiter den Eindruck, es gebe dort keine Perspektiven mehr, während der Staat für Anliegen anderer Geld ausgibt. Die vielen Berufspendler sorgen sich um die Kosten der Energiewende. Besonders in der Lausitz ist die Angst vor den Folgen des Kohleausstiegs für die Familien der Kumpel und die Wirtschaft rundherum groß. Umso energischer drängte die sächsische Politik auf die Zuweisung von Bundesmitteln in Höhe mehrerer Milliarden Euro für Investitionen, die den Strukturwandel hier und im Mitteldeutschen Revier unterstützen sollen. Einige Millionen gibt der Freistaat selbst noch dazu. Unter anderem entstehen zwei neue Großforschungszentren, die mit 170 Millionen Euro pro Jahr gefördert werden und einen Technologiesprung, Wirtschaftsboom und die Schaffung gut bezahlter Industriearbeitsplätze auslösen sollen.

In einem Forschungsprojekt fragten wir unter anderem in Auerbach, Kamenz, Mulda und Reichenbach nach, was ein gutes Leben ausmacht und wofür die Leute Geld ausgeben würden, wenn sie politisch entscheiden könnten.² Die Antworten waren eindeutig: Gesundheit, Sicherheit (Polizei, Feuerwehr), Soziales (Schulen/Kinderbetreuung, Pflege), öffentliche Verkehrsanbindung sowie gutes und bezahlbares Wohnen rangierten mit Abstand vorn.³ Diese Reihenfolge unterschied sich nur hinsichtlich der hochgewichteten Verkehrsanbindung von den Meinungen der Befragten in drei anderen Bundesländern und von Großstädtern.

Wer in Sachsens Dörfern und Kleinstädten lebt, hat also keine Sonderwünsche. Die Landespolitik kann überall gleiche Schwerpunkte setzen. Soll der Staat gemäß Verfassung vor allem auf die Umsetzung des Rechts auf Arbeit hinwirken, so erwarten die

Menschen heute nicht überall prioritär die Bereitstellung von Jobs von ihm – sicher ein Ergebnis der günstigen Arbeitsmarktsituation. Näher an den Bürgerwünschen sind mit der Gesundheitsversorgung und Pflege Maßnahmen, die die sächsische Verfassung nicht ausdrücklich nennt. Das Recht auf Wohnen, soziale Sicherung und Bildung sind hingegen auch nach 30 Jahren für viele bedeutsam. Was konkret nötig ist, um die – an sich gleichen – Wünsche zu erfüllen, unterscheidet sich aber oft zwischen kleinen Orten und Großstädten. Die Politik ist also weiter gefordert, will sie ihren Auftrag gut erfüllen.

² »Die gesellschaftliche Wahrnehmung und politische Verhandlung des Ziels gleichwertiger Lebensverhältnisse in Ländern und Kommunen«, gefördert vom BMBF im Rahmen des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt.

³ Weiter hinten rangieren staatliche Ausgaben für Sport- und Einkaufsmöglichkeiten, gute Umwelt, digitale Infrastruktur, Kulturangebote.



GESCHICHTE UND GESCHICHTEN AUFSPÜREN

Digitales Mitmach-Projekt lädt Jugendliche zur interaktiven Zeitreise ein

Dr. Alexander Müller

Foto: D. Schulz

Am 27. Juni 2022 stellte eine Berufsschulklasse der Euro-Schulen Leipzig ihre Projektarbeiten zu »Hi-STORIES« vor. Dahinter verbirgt sich das neue Bildungsprojekt der Sächsischen Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. In Leipzig konnten nun gleich zwei Premieren gefeiert werden: Für die Euro-Schulen ist Hi-STORIES das erste fächerübergreifende Bildungsprojekt dieser Art und für die Landesbeauftragte der Auftakt für den praktischen Teil daran.

Leipzig, Südvorstadt. Lea, Akram, Tim und Moritz sind auf der Karl-Liebknecht-Straße unterwegs. Hier, auf einer der bekanntesten Straßen der Stadt, verschmolzen in den frühen Neunzigerjahren Hausbesetzerzene und Clubkultur. Die Gruppe ist auf der Suche nach Plattenläden, nach Vinyl. Zu DDR-Zeiten heiß begehrt, oft vergriffen und nicht selten unterhalb der Verkaufstresen wie eine eigene Währung gehandelt, wollen die Berufsschüler mehr über den Mythos Schallplatte wissen.

Ortswechsel. In Connewitz besuchen derweil Isabel und Nicole das Archiv Bürgerbewegung, wo seit 1991 Zeugnisse der DDR-Opposition und unterschiedlicher Bürgerbewegungen gesammelt werden. Auch sie wollen mehr über die Musikkultur der DDR erfahren.

Was die jungen Erwachsenen gemeinsam haben: Sie sind alles angehende Kaufleute für Dialogmarketing im zweiten Ausbildungsjahr, gehen in die gleiche Berufsschulklasse und sind bei Hi-STORIES dabei. Das Projekt ist

Teil des Bundesprogramms »Jugend erinnert« und möchte junge Menschen ab 14 Jahren dafür gewinnen, ihr unmittelbares Lebensumfeld aus verschiedenen Blickwinkeln unter die Lupe zu nehmen. »Hi-STORIES soll vor allem Interesse wecken und Spaß machen. Bei einer historischen Spurensuche vor der eigenen Haustür wird man automatisch zum Detektiv«, erläutert die Landesbeauftragte Dr. Nancy Aris. Ausgangspunkt einer solchen Spurensuche kann ein Objekt, ein Ort oder eine Person mit einem Bezug zur DDR oder der Transformationszeit sein. Ist dies gefunden, recherchieren die jungen Erwachsenen selbstständig und machen Quellen ausfindig. Ihre Arbeitsergebnisse fassen sie in einem digitalen Beitrag zusammen. Das kann eine Fotoserie sein, ein Video oder ein Podcast. Allerdings muss er sich mit einem konkreten historischen Datum beschäftigen. Denn Hi-STORIES greift die Idee des klassischen Abrisskalenders auf und überträgt ihn ins Digitale. Nach diesem Prinzip funktioniert auch die Website des Projekts, auf der die Beiträge hochgeladen und kommentiert werden können.

Mindestens genauso wichtig wie das digitale Endprodukt ist bei Hi-STORIES das analoge Arbeiten im Vorfeld. So etwa, wenn die Jugendlichen Gespräche führen oder haptisch Quellen erfahren. Dies eröffnet ihnen einen authentischen Zugang zu Geschichte. »Ich würde mir wünschen, dass Jugendliche nach dem Projekt mit anderen Augen durch den Alltag gehen und sehen, dass sie von Geschichten umgeben sind«, so Dr. Aris.

Ein wichtiger Schlüssel liegt in der Neugier. Die Suche nach neuen Unterrichtsformen führte die Lehrkräfte der Euro-Schulen Leipzig zur Landesbeauftragten und Hi-STORIES. »Wir haben das Projekt zunächst im Kollegenkreis besprochen«, so Lehrer Marvin Kus, »und dann der Klasse vorgestellt«. Die sei seitdem selbstständig mit großem Ehrgeiz und investigativem Drive dabei, auch wenn die Arbeit nicht benotet wird. Kus sieht den Grund darin, dass es um Themen gehe, die sich die Schülerinnen und Schüler selbst suchen. Themen, die meist so nicht im Lehrplan stehen und sie persönlich abholen. Die Basis dafür erarbeitete sich die Klasse im Rahmen zweier Workshops, die das Hi-STORIES-Projektteam anbietet.

Isabel und Nicole, die im Archiv Bürgerbewegung forschen, stießen über die legendäre Leipziger Punkband »Wutanfall« schließlich auf die Leipziger Kerzendemonstrationen im November 1983 und fanden im 18. November 1983 ihr Thema. Damals demonstrierten etwa 25 Jugendliche mit Kerzen und lila Tüchern auf der Eröffnung der DOK Leipzig, ehe sie von Staatswegen unter den Augen der Öffentlichkeit brutal auseinandergetrieben und verhaftet wurden.

Für den DDR-Punk interessierte sich auch die Gruppe um Sophie, Justin, Franz und Tom. Auch sie haben zunächst recherchiert, sind dafür unter anderem ins Zeitgeschichtliche Forum oder die Gedenkstätte Museum in der »Runden Ecke« gegangen. In ihrem Podcast möchte die Gruppe einen Zeitzeugen interviewen, der zu DDR-Zeiten in Connewitz wohnte.



Lea, Jannis und Fabian erforschen derzeit Homosexualität in der DDR, die trotz fortschrittlicher Rechtsprechung bis zum Ende tabuisiert wurde. Auch sie haben dafür mit verschiedenen Vereinen gesprochen und Archive aufgesucht. Für ihren Podcast möchte die Gruppe einen Zeitzeugen befragen. Doch den zu finden, sei gar nicht so einfach und brauche noch etwas Zeit, schildert das Trio.

Und Lea, Akram, Tim und Moritz? In den Plattenläden sind sie nur bedingt weitergekommen, sehr wohl aber bei ihrer Suche nach einem Zeitzeugen bzw. einer Zeitzeugin. Dr. Cornelia Wiesner, die Leiterin der Berufsschule und Fachschule der Euro Akademie, erzählt der Gruppe von zwei Langspielplatten von Udo Jürgens, die für sie große Bedeutung haben. Sie sieht Hi-STORIES als eine gute Möglichkeit, sich den Erfahrungen der Menschen damals und ihrer Lebenswirklichkeit zu nähern. Denn gerade die jüngste Vergangenheit, so Dr. Wiesner, gerate bei jungen Menschen viel zu schnell aus dem Blickpunkt.

Derweil lief für die Klasse in der Woche nach der Projektvorstellung das Schuljahr aus. Die Berufsschülerinnen und -schüler gehen dann zurück in ihre Unternehmen. Auch wenn bis dahin nicht jeder Projektbeitrag fertig ist, wollen sie diese dennoch in ihrer Freizeit fertigstellen. Darin sind sich die Gruppen einig.



// Magdalena Ermlich // Foto: A. Müller

PREMIERE FÜR JUNGE RELIGIONS-FORSCHER

Dr. Daniel Thieme

Erste Verleihung des Leo-Trepp-Schülerpreises im Sächsischen Landtag



// Für herausragende Leistungen zum Thema »Lebendiges Judentum in Deutschland« erhielten am 16. Juni 2022 fünf Schülergruppen den Leo-Trepp-Preis. Zu den Gewinnern gehörten auch Schülerinnen des Plauerer Lessing-Gymnasiums. Die bundesweite Ehrung fand zum ersten Mal überhaupt statt. Der Plenarsaal des Sächsischen Landtags bot der Premiere einen würdigen Rahmen. //

// Preisträgerinnen und Preisträger des 1. Leo-Trepp-Schülerpreises // Fotos: SMK/Lynn Winkler



WER WAR LEO TREPP?

- geboren 1913 in Mainz, gestorben 2010 in San Francisco
- wirkte unter der Beobachtung der Nationalsozialisten von 1936 bis 1938 als letzter Landesrabbiner in Oldenburg
- emigrierte 1938 zunächst nach England, später in die USA
- viele Jahre Rabbi in den Vereinigten Staaten
- studierte ab 1944 zwei Jahre an der Harvard Universität, ab 1951 Professor am Napa College nahe San Francisco
- 1969 erschien Trepps Buch »Die Juden« in Deutschland
- hielt zahlreiche Vorträge und warb für Gespräche und besseres Miteinander zwischen den Konfessionen



// Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler

Mit Beginn des Schuljahres 2021/22 startete erstmals der Leo-Trepp-Schülerpreis zum Thema »Lebendiges Judentum in Deutschland«. Die Schirmherrschaft der Preisverleihung am 16. Juni 2022 hatte der Präsident des Sächsischen Landtags, Dr. Matthias Rößler, übernommen.

In seiner Begrüßung sagte er: »Leo Trepp wollte insbesondere jungen Menschen Wissen vermitteln, um sie für die religionsübergreifende Verständigung zu gewinnen.« Rößler bedankte sich bei der gleichnamigen Stiftung, die das Lebenswerk des Rabbiners fortführe und Schülerinnen und Schüler dazu ermutige, sich intensiv mit dem jüdischen Leben, der jüdischen Religion, Geschichte und Kultur auseinanderzusetzen.

Im Namen der Sächsischen Staatsregierung lobte Kultusminister Christian Piwarz die Veranstaltung: »Der Auftakt des Leo-Trepp-Schülerpreises ist gelungen. Knapp 1 000 Schülerinnen und Schüler haben sich aktiv mit dem jüdischen Leben in ihrer Heimat beschäftigt. Die damit verbundenen einprägsamen Erfahrungen und persönlichen Kontakte stärken das Interesse, die Offenheit und Toleranz.«

Staatsminister Piwarz sprach gemeinsam mit Dr. Felix Klein, dem Beauftragten der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland, die Laudationes auf die fünf erfolgreichen Schülergruppen. Die Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, Dr. h.c. Charlotte Knobloch, war per Video zugeschaltet.

SÄCHSISCHER ERFOLG

Aus sächsischer Sicht besonders erfreulich war der zweite Platz von drei Schülerinnen des Lessing-Gymnasiums Plauen. Luisa Marie Elbel, Lena Backhaus und Emma Schenk aus der 10. Jahrgangsstufe produzierten einen Film zum Thema »Jüdische Geschichte in Plauen« und überzeugten damit die Jury. Die Preisträgerinnen gewannen mit ihrer Arbeit eine Tagesreise mit dem Schwerpunkt jüdisches Leben.

Den ersten Platz des Wettbewerbes erreichten 29 Schülerinnen und Schüler aus Wilhelmshaven. Weitere Platzierungen gingen an das Lily-Braun-Gymnasium in Berlin und zwei Schülergruppen des Gymnasiums Bad Iburg.

In den vielen Beiträgen fand die Jury ein großes Interesse an Fragen des lebendigen jüdischen Lebens und der jüdischen Kultur. Sie lobte ausdrücklich die aktive Auseinandersetzung mit diesen Themen.



// Luisa Marie Elbel, Lena Backhaus und Emma Schenk



// Gunda Trepp überreicht die Auszeichnungen

AUFTRAG ZUM DIALOG

Gunda Trepp, Vorständin der Stiftung, zeigte sich von den Ergebnissen des Schülerpreises ebenfalls sehr erfreut: »Die Schülerinnen und Schüler näherten sich jüdischen Bürgerinnen und Bürgern und dem Judentum mit Fragen an, die sie tatsächlich beschäftigten. Diese Echtheit, diese Offenheit machen die Qualität ihrer Arbeiten aus.« Sie ergänzte: »Leo Trepp sagte einmal, dass Schule nicht nur Wissen vermitteln, sondern junge Menschen zu Demokraten erziehen sollte, zu Bürgern, die sich aktiv in die Gesellschaft einbringen.« Der erste Durchgang des Wettbewerbs habe aus ihrer Sicht deutlich gemacht, dass es Schulen in der Bundesrepublik gebe, die das trotz der ungeheuren Belastung der Lehrkräfte leisteten. Die Stiftung sehe sich in der Hoffnung bestätigt, dass der Preis einen Teil zu diesem Prozess beitragen könne.

Die nächste Ausschreibung des Leo-Trepp-Schülerpreises für das Jahr 2022/23 beginnt am 12. September 2022. Das Thema und mehr Informationen über die Teilnahme sind zum Starttermin auf der Website www.leotrepp.org zu finden.

// Die sächsischen Ministerpräsidenten zur Zeit der Weimarer Republik übten ihr Amt in einer politisch unruhigen Zeit aus. Ihre Biografien und politischen Werdegänge spiegeln die Umbrüche jener Epoche. Der Landtagskurier zeichnet ihr politisches Wirken und ihr Verhältnis zum sächsischen Parlament nach. //



// Manfred von Killinger //
Quelle: SLUB / Deutsche Fotothek / Möbius, Walter

Dr. Janosch Förster

Manfred von Killinger – Totengräber des Landtags

Ministerpräsidenten und Landtag in der Zeit von 1919 bis 1933 (Teil 8)

Manfred von Killinger gehört nicht in die Reihe der demokratisch legitimierten Ministerpräsidenten des Freistaats Sachsen in der Weimarer Republik. Seinen Aufstieg in dieses Amt verdankte er weder einer Wahl noch einer Mehrheitsentscheidung. Und dennoch lohnt sich eine Betrachtung dieses Mannes im Kontext der vorliegenden Reihe, denn Killinger war nicht nur Mitglied des Landtags seit 1929, er war es auch, der dafür sorgte, dass dieses Parlament für immer in die Geschichtsbücher verschwand.

Während über die Karriere Killingers vom Terroristen und SA-Führer bis zum kaltgestellten »Diplomaten« im Dienste des nationalsozialistischen Reiches zahlreiche Veröffentlichungen vorliegen, findet sich wenig

über seine Rolle im sächsischen Landtag vor und unmittelbar nach der Machtergreifung. Diese Dunkelstellen sollen daher im Folgenden ein wenig ausgeleuchtet werden.

Am 14. Juli 1886 wurde Killinger als Sohn eines adligen Gutsbesitzers bei Nossen geboren. Er ging zur Marine, lehnte aber die Revolution 1918/19, die maßgeblich von den Matrosen ausging, strikt ab. Er schloss sich der »Brigade Erhardt« an, nahm 1919 an blutigen Niederschlagungen von kommunistischen Aufständen und im März 1920 am Kapp-Lüttwitz-Putsch gegen die Reichsregierung teil. Nach dem Scheitern des Putsches wurde Killinger, in völkischen Kreisen bereits gut vernetzt, einer der führenden Köpfe der geheimen »Organisa-

tion Consul«, die Attentate auf Politiker plante und durchführte. Er gab persönlich den Befehl zur Ermordung des Finanzministers Matthias Erzberger und wurde für den Mord an Außenminister Walther Rathenau wegen Beihilfe verurteilt. Einer langen Haftstrafe entging er nur durch Amnestie. Er blieb Mitglied der Nachfolgeorganisation »Bund Wiking«, bis er schließlich am 1. Mai 1928 in die NSDAP eintrat und im folgenden Jahr zum SA-Führer in Sachsen aufstieg.

Der SA-Führer im Landtag

Bei den Landtagswahlen vom 12. Mai 1929 erhielten die Nationalsozialisten fünf Prozent der

Stimmen und damit fünf Sitze. Killinger zog für den 3. Dresdner Wahlkreis ins Parlament ein. Die NSDAP war zu dieser Zeit das »Zünglein an der Waage«. Mit seinen brutalen und antisemitischen Debattenbeiträgen erwarb sich der neue Fraktionsführer einen Ruf als »Schrecken des Landtags«.

»Wir pfeifen auf diese Verfassung«, gab Killinger in einer Debatte am 23. Oktober 1929 kund, die »der Jude [Hugo] Preuß dem deutschen Volke« gegeben habe. Auch die Volksbeauftragten der Revolution seien »beauftragt von den Juden und sonst weiter nichts«. Und mit Blick auf die Zukunft zitiert ihn das Protokoll: »Es kommt vielleicht die Zeit, wo wir euch den Fehdehandschuh werfen, nicht in Form eines

abgeschlagenen Königskopfes, sondern in Form von abgeschlagenen Köpfen eurer Oberbonzen, und den Tag feiern wir dann«. Er zeigte den Sozialdemokraten eine »lange Nase« und den liberalen Abgeordneten der DDP gegenüber verdrehte er die geltende Staatsform zur Beleidigung: »Halt den Schnabel, Demokrat!«

Im Landtagswahlkampf 1930 äußerte sich Killinger abfällig über die Weimarer Demokratie. Er nannte das System eine »schäbige Republik«, was ihm eine Anklage auf Grundlage des »Gesetzes zum Schutz der Republik« einbrachte. In den Jahren 1930 bis 1933 nahm er kaum noch an Landtagssitzungen teil. Lediglich beleidigende Zwischenrufe sind dokumentiert, die offenbar so heftig waren, dass der Landtagspräsident den Abgeordneten v. Killinger im Mai 1932 aus der Sitzung ausschließen musste, ihr Wortlaut aus den Protokollen jedoch gestrichen wurde.

Die Beerdigung des Landtags

Killingers unrühmliche Verbindung zum Landtag erreichte ihren Höhepunkt nach der Übernahme der Reichskanzlerschaft durch Adolf Hitler. Nun sollte auch in Sachsen die Macht »ergriffen« werden. Ein Trupp SS-Leute des Gauleiters Martin Mutschmann fuhr vor dem Landtag auf. Die Nazis machten Jagd auf »Verräter« aus den eigenen Reihen, auf Sozialdemokraten und Journalisten. Killinger, kurz zuvor in Berlin von Hitler zum Reichskommissar für Sachsen ernannt, verhin-derte zwar, dass Mutschmanns Leute mehr als nur schwere Körperverletzungen begingen. Dennoch: Der 9. März 1933 brach der ersten parlamentarischen Demokratie in Sachsen das Genick und Killinger war der Totengräber. Die Verordnung zur Auflösung des Landtags trägt seine Unterschrift.

Die Beerdigung fand am 16. und 23. Mai 1933 statt: Die Aufrechterhaltung geordneter Verhältnisse, die Killinger auch in der Staatsverwaltung zur Maxime erklärt hatte, erforderte ein erneutes Zusammentreten des Landtags. Zum einen, um den Staatshaushalt zu beschließen, zum anderen, um sich selbst zu entmachten. Denn wie im Reich sollte der Landtag einem Ermächtigungsgesetz zustimmen, das ihn fast aller Macht beraubte. Die zwei Sitzungen im Mai und die aller-letzte im August 1933 waren eine Farce: Der Landtag wurde nicht gewählt, sondern durch Killinger per Verordnung gemäß der Reichstagswahlergebnisse vom 5. März zusammengesetzt, wobei die KPD-Fraktion, deren Mitglieder ohnehin untergetaucht oder in »Schutzhaft« genommen worden waren, gar nicht mehr zugelassen wurde und die SPD-Fraktion, deren Mitglieder ebenfalls zum größten Teil inhaftiert oder ins Exil gezwungen worden waren, an der ersten Sitzung überhaupt nicht, in der zweiten noch mit sechs Abgeordneten teilnahm.

Der Plenarsaal war mit Hakenkreuzfahnen und Bannern in den sächsischen und den alten Reichsfarben geschmückt wor-

den. Erstmals wurde ein Mikrofon genutzt. Das Wort zur »Eröffnung« dieser Versammlung hatte Walter Dönicke, der sich selbst per Akklamation zum Landtagspräsident ernannte, anschließend sprach der Reichsstatthalter Martin Mutschmann. Erst danach durfte der Ministerpräsident seine Regierungserklärung verlesen. Es war das letzte Mal, dass Killinger vom Rednerpult aus sprach. In aller Offenheit legte er die Ziele der Landesregierung für ihren Bereich dar: Der Marxismus, dem Killinger einen Staatsstreich unterstellte, werde rücksichtslos bekämpft. In den Schulen und Hochschulen seien die Menschen zur »Hingabe an das Vaterland, zur opferwilligen Persönlichkeit zu erziehen«, in der Kunst seien »alle undeutschen, zersetzenden Tendenzen zu bekämpfen«.

Durch »eugenische Sterilisation« sollten Familien, in denen »geistige Minderwertigkeit« erblich sei, »zum Aussterben gebracht« werden. Durch Arbeitsbeschaffung solle die Wirtschaft angekurbelt, die Arbeitslosigkeit durch eine Arbeitspflicht beseitigt werden. Die Justiz solle verstärkt von der Todesstrafe Gebrauch machen. Die Polizei und das Landeskriminalamt würden ausgestattet, »um alle Versuche, den Nationalsozialismus und seine im Staate verankerte Regierung zu bekämpfen, im Keime rücksichtslos zu ersticken.« Man werde »unbarmherzig« sein. Die Rede endete mit »Sieg-Heil«-Rufen und dem Absingen des Horst-Wessel-Lieds.

Der inszenierte Landtag wurde zum 14. Oktober 1933 wieder aufgelöst und zum ersten Tendenzen zu bekämpfen«.



// Ministerpräsident v. Killinger (erste Reihe, rechts) vor dem Landtag //
Quelle: Dresdner Neueste Nachrichten (DNN Nr. 115 vom 18.05.1933, S.5)



// Die feierliche Eröffnung des Sächsischen Landtags //
Quelle: Dresdner Neueste Nachrichten (DNN Nr. 115 vom 18.05.1933, S.5)

ten Jahrestag der Machtergreifung endgültig abgeschafft. Killingers Ministerpräsidentenschaft währte allerdings kaum länger: Er unterlag dem internen Machtkampf gegen Reichsstatthalter Mutschmann, wurde im Zuge der »Röhm-Affäre« im Juni 1934 kurzzeitig inhaftiert und dann in den Auswärtigen Dienst abgeschoben. In Rumänien nahm er sich im September 1944 das Leben.

Israelische Polizeischüler zu Gast im Parlament

Jugendliche aus Israel besuchten am 15. Juli 2022 den Sächsischen Landtag. Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner führte die Gruppe durch das Parlament und vermittelte dabei Einblicke in die Geschichte und Gegenwart des Hohen Hauses. Die israelischen Jugendlichen, die in ihrem Land schulbegleitend eine Einstiegsausbildung im Polizeiberuf absolvieren, weilten im Rahmen eines Austauschprogramms in Sachsen.



Tschechischer Botschafter stellt Schwerpunkte vor

An der Sitzung des Ausschusses für Verfassung und Recht, Demokratie, Europa und Gleichstellung am 29. Juni 2022 nahm der Botschafter der Tschechischen Republik in Deutschland, Tomáš Kafka, teil. Bei seinem Besuch stellte er die Schwerpunkte der EU-Ratspräsidentschaft seines Landes vor. Gemäß den Regeln des halbjährlich wechselnden Vorsitzes führt Tschechien den Rat der EU vom 1. Juli bis 31. Dezember 2022.



Landtagskurier per E-Mail abonnieren!

Den Landtagskurier gibt es nicht nur als gedrucktes Heft, sondern auch als digitale Ausgabe, die man bequem per E-Mail erhalten kann. Das E-Abo im modernen Newsletter-Layout lässt sich am PC und Smartphone öffnen und lesen. Es erscheint mit der Druckausgabe, meist sogar ein paar Tage früher.

Abonniert werden kann der digitale Landtagskurier über die Internetseite des Sächsischen Landtags. Er ist wie die Druckausgabe kostenlos erhältlich.
www.landtag.sachsen.de/abo



www.landtag.sachsen.de/publikationen



www.landtag.sachsen.de/veranstaltungen



Der Sächsische Landtag auf Twitter:
twitter.com/sax_lt
und auf Instagram:
[instagram.com/sachsen_landtag](https://www.instagram.com/sachsen_landtag)

Plenarsitzungen des Sächsischen Landtags

Weitere Plenarsitzungen sind vorgesehen am:

29.08.2022
21.09. – 22.09.2022
09.11. – 10.11.2022
15.12. – 16.12.2022
19.12. – 20.12.2022

Der Sächsische Landtag überträgt die Plenarsitzungen live als Videostream mit Untertitelung auf www.landtag.sachsen.de.

Auch Tagesordnungen, Wortprotokolle und Videoaufzeichnungen finden Sie in unserem Internetauftritt.

Weiterhin werden die Aktuellen Debatten der Plenarsitzungen auch im Regionalfernsehen ausgestrahlt.

Im MDR-Radio werden die Landtagsdebatten zudem live und digital auf DAB+ auf dem Kanal MDR SACHSEN EXTRA übertragen.

Weitere Informationen des Sächsischen Landtags

Fraktionen

CDU
Tel. 0351 493-5601
AfD
Tel. 0351 493-4201
DIE LINKE
Tel. 0351 493-5800
BÜNDNISGRÜNE
Tel. 0351 493-4800
SPD
Tel. 0351 493-5700

Besucherdienst

Anmeldungen für Digital- und Präsenz-Führungen sowie Planspiele nehmen wir unter Tel. 0351 493-5132 entgegen.

Bürgerfoyer

Ausstellung »DAS PARLAMENT DER SACHSEN« sowie Wechselausstellungen:

Mo. bis Fr. von 9 bis 18 Uhr;
in den Ferien (18.07. bis 26.08.)
Mo. bis Fr. von 9 bis 16.30 Uhr

Kein Zugang für elektronisch signierte sowie verschlüsselte elektronische Dokumente.

Eine elektronische Version des Landtagskuriers finden Sie unter www.landtag.sachsen.de/Aktuelles/Landtagskurier.

Diese Publikation wird vom Sächsischen Landtag im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Abgabe erfolgt kostenfrei.

Publikationsbestellung und Leserbriefe

SÄCHSISCHER LANDTAG
Stabsstelle Presse und Öffentlichkeitsarbeit,
Protokoll, Besucherdienst
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden
Tel. 0351 493-5133, publikation@slt.sachsen.de
www.landtag.sachsen.de

Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgern oder Wahlbewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig, ebenso die entgeltliche Weitergabe der Publikation.

Impressum Herausgeber: Sächsischer Landtag – Verfassungsorgan des Freistaates Sachsen, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden – Der Freistaat Sachsen wird in Angelegenheiten des Sächsischen Landtags durch dessen Präsidenten Dr. Matthias Röbner vertreten. | Redaktion: V. i. S. d. P.: Dr. Thomas Schubert, Sächsischer Landtag | Redakteur: Dr. Daniel Thieme, Sächsischer Landtag | Redaktionelle Mitarbeit: Anne-Marie Brade, Katja Ciesluk, Dirk Förster, Marvin Liebig, Heiner Ridder, Janina Wackernagel (alle Sächsischer Landtag, Anschrift s.o.) | Textbearbeitung und Gestaltung: Ö GRAFIK, Tauscherstraße 44, 01277 Dresden | Druck und Vertrieb: SDV Direct World GmbH, Tharandter Straße 23 – 35, 01159 Dresden | Redaktionsschluss: 15.07.2022
Gastautoren: Dr. Janosch Förster (TU Dresden), Prof. Dr. Astrid Lorenz (Uni Leipzig), Dr. Alexander Müller (Sächsischer Landtag)

Diese Veröffentlichung ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, auch die des Nachdruckes von Auszügen und der fotomechanischen Wiedergabe, sind dem Herausgeber vorbehalten. Die Beiträge der Gastautoren geben nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wieder.

Das im Landtagskurier genutzte generische Maskulinum meint stets alle Menschen, unabhängig von ihrem Geschlecht. Die platzsparende Schreibweise dient ferner der besseren Lesbarkeit.

